## S 20 R 2047/19

### Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 16
Kategorie Urteil
Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren Kindererziehungszeiten von 30 Monaten

Verfassungskonformität

Leitsätze -

Normenkette SGB VI § 56 Abs. 1

SGB VI § 249 Abs. 1

1. Instanz

Aktenzeichen S 20 R 2047/19 Datum 02.08.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 16 R 487/21 Datum 06.04.2022

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der KlĤgerin gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Berlin vom 2. August 2021 wird zurļckgewiesen.

Â

Auà ergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Â

Die Revision wird nicht zugelassen.

Â

#### **Tatbestand**

Â

#### Â

Die Kl $\tilde{A}$ ¤gerin begehrt h $\tilde{A}$ ¶here Regelaltersrente (RAR) unter Ber $\tilde{A}$ ¼cksichtigung von weiteren jeweils sechs Monaten Kindererziehungszeiten (insgesamt jeweils 36 Monate) f $\tilde{A}$ ¼r ihre 1983 (D) und 1988 (B) geborenen S $\tilde{A}$ ¶hne.

### Â

Mit Bescheid vom 8. Mai 2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 31. Juli 2019 bewilligte die Beklagte der  $\hat{A}$  1953 geborenen Kl $\hat{A}$ ¤gerin antragsgem  $\hat{A}$ ¤ $\hat{A}$  $\hat{A}$ RAR f $\hat{A}$  $\hat{A}$ 4r die Zeit ab 1. Februar 2019. Dabei ber  $\hat{A}$  $\hat{A}$ 4cksichtigte sie Kindererziehungszeiten (KEZ) vom 1. Dezember 1983 bis 31. Mai 1986 (30 Monate) f $\hat{A}$  $\hat{A}$ 4r D und vom 1. November 1988 bis 30. April 1991 (30 Monate) f $\hat{A}$  $\hat{A}$ 4r B.

## Â

Mit Gerichtsbescheid vom 2. August 2021 hat das Sozialgericht (SG) die Klage, mit der die Kl $\tilde{A}$ ¤gerin eine Gleichbehandlung mit M $\tilde{A}$ ½ttern von seit 1992 geborenen Kindern begehrt, unter Bezugnahme auf das Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) vom 10. Oktober 2018 (- <u>B 13 R 34/17 R</u> = SozR 4-2600  $\hat{A}$ § 249 Nr 2) abgewiesen.

## Â

Mit der Berufung rügt die Klägerin, Â§Â 249 Abs. 1 Sozialgesetzbuch â∏Gesetzliche Rentenversicherung â∏ (SGB VI) in der hier anwendbaren, ab 1. Januar 2019 geltenden Fassung (im Folgenden: neuer Fassung â∏ nF -) verstoÃ∏e gegen Verfassungsrecht, insbesondere gegen Art. 3 Abs. 1 und Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz (GG) iVm Art. 20 Abs. 1 und 3 GG. Die KEZ fþr vor und nach 1992 geborene Kinder mÃ⅓ssten gleichgestellt und ihr deshalb eine höhere Altersrente zuerkannt werden. Sachliche Grþnde fþr die Ungleichbehandlung seien nicht ersichtlich. Die fortbestehende Differenzierung nach dem Geburtsjahrgang der Kinder sei verfassungsrechtlich nicht zu rechtfertigen, zumal die damit verbundenen Mehrkosten im Verhältnis zu den Gesamtausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) ohne Weiteres finanzierbar seien.

### Â

Die KlĤgerin beantragt,

## Â

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Berlin vom 2. August 2021 aufzuheben, den Bescheid der Beklagten vom 8. Mai 2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 31. Juli 2019 zu Ĥndern und die Beklagte zu verurteilen, ihr ab 1. Juni 2019 hĶhere Regelaltersrente unter Berücksichtigung weiterer zwĶlf Monate Beitragszeiten wegen Kindererziehung vom 1. Juni 1986 bis 30. November 1986 und vom 1. Mai 1991 bis 31. Oktober 1991 zu gewĤhren

Â

Die Beklagte beantragt,

Â

Â

Sie hÃxlt das angefochtene Urteil für zutreffend.

Â

Die Beteiligten haben sich mit einer Entscheidung des Senat ohne m $\tilde{A}^{1/4}$ ndliche Verhandlung einverstanden erkl $\tilde{A}$ xrt (vgl.  $\hat{A}$ § $\hat{A}$ § 153 Abs. 1, 124 Abs. 2 Sozialgerichtsgesetz ).

Â

# EntscheidungsgrÃ1/4nde

Â

Die zulÄxssige Berufung der KlÄxgerin ist nicht begrļndet.

Â

Das SG hat die Klage zu Recht zurĽckgewiesen. Der Bescheid der Beklagten vom 8. Mai 2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 31. Juli 2019 ist rechtmÄxÄ $\square$ ig und verletzt die KlÄxgerin nicht in ihren Rechten. Die insoweit zulÄxssig erhobene kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage (ŧ 54 Abs 4 SGG) ist unbegrĽndet. Die KlÄxgerin hat keinen Anspruch auf hĶhere RAR unter BerĽcksichtigung von weiteren insgesamt zwĶlf Monaten KEZ. Die Beklagte hat die RentenhĶhe, die nur hinsichtlich des Umfangs der KEZ zwischen den Beteiligten im Streit steht (vgl zur Begrenzung des Streitgegenstandes BSG, Urteil vom 16. Juni 2015 â $\square$  B 13 R 27/13 R = SozR 4-5060 Art 6 §Â 4 Nr 3 â $\square$ Ar 3 ar 2018 â $\square$ Ar 3 ar 2019 geltenden Fassung von Art. 1 Nr. 10 Buchst a des Gesetzes vom 28. November 2018 (nF; BGBI I 2016) verstöÃ $\square$ t nicht gegen das GG.

Â

Die Beklagte hat bei der RentenhĶhe zutreffend KEZ im Umfang von jeweils 30 Monaten für jedes der beiden Kinder berücksichtigt. Anzuwenden sind

nach Â§Â 300 Abs. 1 SGB VI die Regelungen der §Â§Â 56 SGB VI, 249 SGB VI nF. Danach werden fù⁄₄r einen Elternteil gemäÃ∏ Â§Â 56 Abs. 1 Satz 1 SGB VI grundsätzlich KEZ in den ersten drei Lebensjahren des Kindes â∏ beginnend nach Ablauf des Monats der Geburt (§Â 56 Abs. 5 Satz 1 SGB VI) â∏ angerechnet. Abweichend davon endet die KEZ fù⁄₄r â∏ wie hier â∏ vor dem 1. Januar 1992 geborene Kinder nach Â§Â 249 Abs. 1 SGB VI nF nunmehr 30 statt wie nach der zuvor geltenden Fassung 24 Kalendermonate nach Ablauf des Monats der Geburt.

### Â

§ 249 Abs. 1 SGB VI nF ist verfassungsgemäÃ∏. Der Senat ist insbesondere nicht von einer Verletzung des Art. 3 Abs. 1 GG i Vm Art 6 Abs. 1 GG durch den Ausschluss der KlĤgerin von einer zusĤtzlichen Berļcksichtigung ihrer Erziehungszeiten in der GRV ýberzeugt. Er sieht sich deshalb nicht veranlasst, das Verfahren nach Art. 100 Abs. 1 GGÂ auszusetzen und eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) einzuholen. Zur Begründung und zur Vermeidung von Wiederholungen nimmt der Senat gemäÃ∏ § 153 Abs. 2 SGG vollumfĤnglich auf die Entscheidungsgrļnde des angefochtenen Gerichtsbescheides und das dort im Einzelnen zitierte Urteil des BSG vom 10. Oktober 2018 (â∏∏ B 13 R 34/17 R â∏∏ aaO) Bezug, in dem das BSG ausführlich und zutreffend dargelegt hat, dass bereits die Regelung in <u>§Â 249 Abs. 1 SGB VI</u> in der bis 31. Dezember 2018 geltenden Fassung (aF), die lediglich die Berücksichtigung von 24 Monaten KEZ für vor dem 1. Januar 1992 geborene Kinder vorsah, verfassungskonform ist. Dem ist nichts hinzuzufļgen, zumal die hier anwendbare Regelung eine weitere Angleichung bei der Berücksichtigung von KEZ im Vergleich zu vom 1. Januar 1992 an geborenen Kindern normiert.

## Â

Zu einer vollstĤndigen Gleichstellung war der Gesetzgeber von Verfassungs wegen schon im Rahmen von <u>§Â 249 Abs. 1 SGB VI</u> aF nicht verpflichtet (vgl BSG aaO Rn 19 ff unter Bezugnahme auf die Rspr des BVerfG; vgl zu § 307d Abs. 1 Satz 3 SGB VI in der seit 1. Januar 2019 geltenden Fassung auch Landessozialgericht Baden-Württemberg, Urteil vom 3. Februar 2021 â∏  $\bot$  5 R 2151/20 â∏∏ juris â∏ Rn 28 ff; LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 18. Januar 2022 â∏∏ L 9 R 303/21 â∏∏ juris). Es liegt innerhalb seines weiten Gestaltungsspielraums, zur Erhaltung und Verbesserung der Funktions- und Leistungsfänknigkeit des Systems der GRV auch den HĶchstumfang der KEZ und damit die zukļnftigen Finanzierungslasten, die aus der Schaffung weiterer langfristiger LeistungsansprA<sup>1</sup>/<sub>4</sub>che resultieren, zu begrenzen. Soweit die KlĤgerin mit ihrer Berufung darauf verweist, dass die durch eine vollstĤndige Angleichung der KEZ entstehenden Mehrausgaben im Vergleich zu den Gesamtausgaben der GRV (und â∏ wie die Klägerin meint â∏ auch im Vergleich zu der durch die Corona-Pandemie ohnehin erheblich gestiegenen Neuverschuldung des Bundes) so gering seien, dass der Gesetzgeber schon deshalb nach Maà gabe des Verhà xltnismà xà igkeitsgrundsatzes gehalten gewesen wà xre, die Ungleichbehandlung â∏endlichâ∏ zu beenden, geht dies schon im Ansatz fehl. Zwar mĶgen weitere Leistungen der GRV durch ErhĶhung des Bundeszuschusses

â∏ wie bei den KEZ â∏ durchaus, ggf auch im Wege einer weiteren Erhöhung der Verschuldung und der Mobilisierung zusätzlicher Haushaltsmittel, â∏finanzierbarâ∏ sein. Dies führt indes nicht dazu, dass der (weite) Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers in solchen Fällen dahingehend eingeengt wäre, dass er aus verfassungsrechtlichen GrÃ⅓nden zur (höheren) Leistungsgewährung verpflichtet wäre, solange sachliche GrÃ⅓nde weiterhin fÃ⅓r die gerÃ⅓qte Differenzierung streiten.

## Â

Das europarechtliche Diskriminierungsverbot, insbesondere aus Art. 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, auf das sich die Klägerin ebenfalls beruft, bietet insoweit keinen weitreichenderen Schutz als das Grundgesetz. Art. 157 des Vertrages ýber die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), wonach jeder Mitgliedstaat die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts fþr Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit sicherstellt, ist nicht anwendbar, weil sich der Begriff des â∏Entgeltsâ∏ nicht auf Sozialversicherungsleistungen erstreckt (vgl Erwägungsgrþnde 14 und 22 der Richtlinie 2006/54/EG, Amtsbl EU vom 26. Juli 2006 L 204/23). Zudem ist schon gar nicht ersichtlich, dass hier eine Ungleichbehandlung vorläge, die mit einer Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zu tun hätte (vgl auch LSG Baden-Wþrttemberg, Urteil vom 3. Februar 2021 â∏ L5 R 2151/20 â∏ Rn 33).

#### Â

Eine Entscheidung zugunsten der Klägerin kann schlieà lich auch nicht unter Berücksichtigung der von der Klägerin mit Schreiben vom 13. Dezember 2021 eindrücklich dargelegten politischen Verfolgung als Lehrerin in der DDR und der sich daraus ergebenden negativen Folgen für ihr Berufsleben, welche auch nicht nach der Wiedervereinigung in vollem Umfang beseitigt wurden bzw werden konnten, getroffen werden. Das Gericht ist an die Gesetze gebunden. Für eine rentenrechtliche Kompensation der von der Klägerin nachvollziehbar geschilderten Nachteile besteht keine gesetzliche Grundlage.

## Â

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

#### Â

 $Gr\tilde{A}^{1}/_{4}$ nde  $f\tilde{A}^{1}/_{4}$ r eine Zulassung der Revision gem $\tilde{A} \cong \tilde{A} \cong$ 

Â

Erstellt am: 20.05.2022

Zuletzt verändert am: 22.12.2024